

Ministerpräsident Boris Rhein zu Asyl und Migration Eine Information des Hessischen Flüchtlingsrats

Am 08.06.2022 hat der neue Ministerpräsident Boris Rhein seine erste Regierungserklärung abgegeben.

Sie findet sich mittlerweile auch auf der Seite der Hessischen Staatskanzlei, die flüchtlingspolitischen Passagen daraus habe ich unten in die Mail kopiert:
<https://staatskanzlei.hessen.de/unser-ministerpraesident/regierungserklaerungen-und-reden/sicherheit-in-unsicheren-zeiten-die-hessen-agenda-fuer-ein-modernes-morgen>

Darin kündigt er an, dass es **noch in diesem Jahr ein Landesaufnahmeprogramm** geben werde - wir sind gespannt, ob und wie dies umgesetzt wird, auch für letztes Jahr war ja ein solches Programm schon angekündigt gewesen. Erneut verweist er auch auf die angeblich "zurückhaltende Haltung" der Bundesinnenministerin, wobei diese ja gar nicht zustimmen oder ablehnen kann, wenn Hessen keinen Entwurf vorlegt. Mir sind jedenfalls keine ablehnenden Äußerungen von Frau Faeser hinsichtlich der Aufnahmeprogramme bekannt.

Außerdem kündigt er eine **Vorgriffsregelung für das neue Chancenaufenthaltsrecht** an - wieder verbunden mit der Aufforderung an die Bundesregierung, "zügig die Pläne dazu anzugehen", damit Hessen eine entsprechende Regelung wie Niedersachsen oder Schleswig-Holstein erlassen könne. Ihm fällt offenkundig der Widerspruch nicht auf, dass diese Länder das jetzt schon hinbekommen haben mit dem Vorgriffserlass, ohne dass dafür irgendein Zeichen der Bundesregierung nötig gewesen wäre. Es ist aber auch gestern von der Bundesregierung der erste Referentenentwurf zum Chancenaufenthaltsrecht für die Verbändebeteiligung verschickt worden, so dass es jetzt hoffentlich zeitnah einen Vorgriffserlass in Hessen geben wird.

Nicht fehlen darf natürlich die ewige Leier der "effizienten und schnellen Rückführung derer, die kein Bleiberecht haben", wobei dies wohl eher die Bestätigung der derzeitigen harten Abschiebungslinie ist und nicht als Ankündigung von etwas Neuem zu verstehen ist.

gez. Timmo Scherenberg

Auszug aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Boris Rhein, 07.06.2022

(...)

Wir stehen solidarisch zur Ukraine. Unterstützung für die Flüchtlinge aus der Ukraine ist für uns eine humanitäre Verpflichtung. Ich möchte daher an dieser Stelle allen in Hessen danken, die sich seit Beginn des Krieges mit großem Engagement um die Menschen aus der Ukraine gekümmert haben.

Hessen ist Heimat für Menschen mit unterschiedlichen nationalen, ethnischen, religiösen, kulturellen und sozialen Bezügen. Wir wissen alle: Diese Vielfalt ist unsere Stärke – aber sie bedeutet für uns als Staat zugleich immer neue Herausforderungen. Wir haben in Hessen bereits einiges auf den Weg gebracht und werden in dieser Wahlperiode mit einem Integrationsgesetz einen institutionellen Rahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein

respektvolles Miteinander schaffen. Ich halte dies für einen ganz entscheidenden Schritt. Denn nur wenn alle in Hessen lebenden Menschen in Hessen zusammenwirken, kann sich unser Land als Ganzes entwickeln. In Hessen haben Humanität und Ordnung gleichermaßen Tradition wie beim Thema Zuwanderung und Asyl.

Mit dem Aktionsplan zur Ukraine kümmern wir uns bundesweit beispielhaft um die Unterstützung der Geflüchteten aus diesem Land. Wir behalten aber die Flüchtlinge aus anderen Ländern, die durch Krieg, Gewalt und Verfolgung zur Flucht gezwungen werden, im Blick. Deshalb wollen wir noch in diesem Jahr ein eigenes Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge auf den Weg bringen. Dabei schauen wir insbesondere auf die Situation in den Flüchtlingslagern in Jordanien, Syrien und die Lage in Afghanistan.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit aber auch betonen: Wir erwarten, dass die Bundesinnenministerin ihre bislang zurückhaltende Haltung gegenüber solchen Landesaufnahmeprogrammen aufgibt. Ohne die Zustimmung des Bundes können wir als Land dieses wichtige Signal der Humanität nicht aussenden.

Die Bundesregierung will für gut integrierte Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus eine Bleibeperspektive schaffen. Das ist nichts Neues, das gab es bereits früher. Dabei geht es um Menschen, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Sie sollen durch ein „Chancen-Aufenthaltsrecht“ eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Die Landesregierung erwartet von der Bundesregierung, dass sie ihre Pläne zügig angeht, damit wir in Hessen eine entsprechende Vorgriffsregelung wie in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen vornehmen können.

Darüber hinaus werden wir im Bereich von Asyl und Migration wichtige Nachsteuerungen vornehmen. Wie im Koalitionsvertrag formuliert, wollen wir den Bedürfnissen der Spätaussiedler vor dem Hintergrund ihrer weiterhin bestehenden Belastungen in besonderer Weise Rechnung tragen. Außerdem ist im Sinne eines Ausgleichs von Humanität und Ordnung die effiziente und schnelle Rückführung derer, die kein Bleiberecht haben, von Relevanz. Dies ermöglicht uns, die Akzeptanz der Regeln zu wahren und ebenso Menschen nicht erst nach Jahren der Unsicherheit zurückzuführen. Meine Damen und Herren, ein Staat, der seine Regeln nicht durchsetzt, verliert an Vertrauen.